

Das erste Jahr der Präsidentschaft von Kolinda Grabar-Kitarović

Am 19. Februar jährte sich die Amtseinführung der neuen Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic zum ersten Mal und viele politische Beobachter in Kroatien nahmen diesen Termin zum Anlass, die Aktivitäten der Staatspräsidentin in ihrem ersten Amtsjahr Revue passieren zu lassen und zu beurteilen, inwieweit sie die ihr in der kroatischen Verfassung garantierten Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte in Anspruch genommen und zur Veränderung der kroatischen Außen- und Sicherheitspolitik genutzt hat. In zahlreichen Interviews mit der kroatischen Presse ging sie dabei vor allem auf die von ihr ins Leben gerufene „Adriatic-Baltic-Black Sea Initiative“, den Rüstungswettlauf mit Serbien, die Flüchtlingskrise und die zurückliegende Kooperation zwischen den beiden Verfassungsorganen Präsidentschaft und Regierung ein.

Das vorrangige, bereits in ihrem Wahlkampf um die Präsidentschaft verkündete Ziel der Präsidentin war es, ihr Amt viel stärker in die Formulierung und Implementierung einer neuen kroatischen Außen- und Verteidigungspolitik einzubringen.

Adriatic-Baltic-Black Sea Initiative

Mit Blick auf die „Formulierung“ einer solchen, neuen Außenpolitik, trat sie schon bald mit ihrer Idee einer „Adriatic-Baltic-Black Sea Initiative“ an die Öffentlichkeit. Diese Initiative beinhaltet im Wesentlichen eine Veränderung der außenpolitischen Fokussierung Kroatiens, weg von den Staaten Ex-Jugoslawiens (Westbalkan) und hin zu den mittel-osteuropäischen Staaten des bal-

tischen Raumes (Litauen, Lettland, Estland), der Visegrad Staaten (Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn) sowie der südost-europäischen EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Slowenien, Rumänien und Bulgarien). Mit Hilfe einer verstärkten politischen Zusammenarbeit dieser als historisch und kulturell eng verbunden geltenden 12 EU-Mitgliedstaaten, sollte eine sub-regionale Gruppierung entstehen, die sich vor allem in den Bereichen Energie, Transport und Industrie, vor allem mit Fragen der Energieabhängigkeit, der Verkehrsweeinfrastuktur und der Wettbewerbsfähigkeit im Exportbereich auseinandersetzen sollte.

Die Staatspräsidentin wehrte sich dabei von Beginn an gegen Vorwürfe, es handle sich bei dieser Initiative um den Versuch einer Errichtung eines neuen „Eisernen Vorhangs“ gegenüber Russland und betonte, dass es ihr dabei stattdessen eher um eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten in Ost- und Mitteleuropa in den genannten, für die Region wichtigen Bereichen gehe.¹ Auch von den an dieser Initiative beteiligten Staatenvertretern seien die Vorteile einer verstärkten Kooperation in diesen Bereichen immer wieder betont worden. Deswegen glaube sie, dass Nachbarstaaten, wie etwa Bosnien-Herzegowina auf ihrem Weg in die Europäische Union davon profitieren können.

Nachbarschaftspolitik

Schon kurz nach der Amtseinführung der neuen kroatischen Regierung unterstrich der neue kroatische Außenminister **Miro Kovac**

¹ Grabar-Kitarovic Comments Foreign and Domestic Political Issues, Saturday VECERNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/hvt953n>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Februar 2016

www.kas.de/kroatien

dann seine Bereitschaft, diese Initiative zu unterstützen und stimmte auch den terminologischen Vorschlägen der Staatspräsidentin zu, die den in den EU Institutionen bisher gebräuchlichen Begriff: „West-Balkan“ durch den Begriff: „Südosteuropa“ ersetzt sehen wollte und schlug seinerseits als weiteren alternativen Begriff: „Nachbarschaft“ vor. Kritiker sahen in dieser neuen Begriffsbildung jedoch sofort den Versuch einer politischen Distanzierung von der Region bzw. der unmittelbaren Nachbarschaft der Staaten Ex-Jugoslawiens und deren belasteten Leumund. Auch werde - so diese Kritiker - mit diesem „populistischen“ Schritt versucht, Kroatien aus dem bekannten historischen Kontext herauszulösen und von allem „Jugoslawischen“ abzutrennen.²

Außenpolitische Interessenvertretung

Andere politische Beobachter begrüßten hingegen die als notwendig und zeitgemäß erachtete Konkretisierung der außenpolitischen Schwerpunktsetzung der neuen kroatischen Administration. Dabei strebt die Staatspräsidentin - nicht zuletzt angesichts eines außenpolitisch eher als unerfahrenen eingeschätzten, neuen Ministerpräsidenten Tihomir Oreskovic - auch nach einer neuen Rolle für sich in der Ausgestaltung dieser neuen Außenpolitik, etwa durch von ihr vorgeschlagenen fallweisen Teilnahmen an EU-Gipfeltreffen.³ Die Vorgängerregierung hatte solche noch mit dem Argument unterbunden, auf solchen Gipfeln würden vor allem finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen, die nicht in die verfassungsrechtliche Kompetenz des Staatspräsidenten fallen würden. Einer solchen Teilnahme stehen jedoch - so die Auffassung der kroatischen Staatspräsidentin - auch keine verfassungsrechtlichen Regelungen entgegen, so lange auf solchen Gipfeltreffen vornehmlich bzw. ausschließlich außenpolitische Themen auf der Tagesordnung stünden. Entsprechend erwarte sie Abstim-

mungsgespräche zwischen dem Präsidial- und dem Ministerpräsidentenamte, die ein solches Auftreten regeln sollen. Der neue Außenminister bezeichnete es in diesem Zusammenhang als verfassungsrechtlich geboten, dass die Regierung die kroatische Außenpolitik implementiere, während die Staatspräsidentin vor allem das Recht habe, bei der Formulierung der Grundsätze dieser Außenpolitik mitzuwirken.⁴ Grabar-Kitarovic zeigte sich trotz dieser dezidierten Äußerung mit der Zusammenarbeit mit dem neuen Außenminister sehr zufrieden.⁵

Aktuelle Flüchtlingskrise

Auch ihre Haltung gegenüber Erscheinungen der aktuellen Flüchtlingskrise war von Beginn an von dem Bestreben bestimmt, die kroatischen Grenzen bestmöglich zu schützen, bzw. gegen illegale Grenzübertritte zu sichern und dazu im Notfall auch die kroatischen Streitkräfte einzusetzen. Sie hoffe zwar, dass letzteres nicht notwendig sein werde, bemängelte jedoch das unschlüssige Verhalten der vorherigen Regierung und deren zum Teil aggressiven Auseinandersetzungen mit einigen Nachbarstaaten. Sie äußerte die Erwartung, dass die neue kroatische Regierung die eingetretenen Belastungen der bilateralen Beziehungen mit zahlreichen Nachbarstaaten beenden und man wieder zu einem kooperativen und vor allem konstruktiven Umgang kommen werde. Sie glaube zudem nicht, dass die fehlende (außen-) politische Erfahrung des neuen kroatischen Ministerpräsidenten Oreskovic dabei ein Nachteil sei, denn ihrer Meinung nach fehle es Kroatien weniger an durchsetzungs-„starken“ Politikern sondern eher an weitsichtigen Staatsmännern. Sie habe es deshalb sehr bedauert, dass der vorherige Regierungschef, die von ihr sofort nach ihrer Amtsübernahme „ausgestreckte Hand“ zur konstruktiven Zusammenarbeit zum Nutzen des Landes, nicht ergriffen habe.

² **New Larger Role for Grabar-Kitarovic in Co-creating Croatia's Foreign Policy**, Tuesday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/jar6869>

³ **New Larger Role for Grabar-Kitarovic in Co-creating Croatia's Foreign Policy**, Thursday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/guudo9r>, Sunday NOVI LIST online edition, <http://tinyurl.com/he52gzd>

⁴ **FM Kovac on Migrant Crisis, Cooperation with Neighbors and Grabar-Kitarovic**, Tuesday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/hkgt2q7>

⁵ **Grabar-Kitarovic Marks her First Year in Office** Friday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/hcl7n7u>

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Februar 2016

www.kas.de/kroatien

Auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik könne sich das Fehlen langjähriger Erfahrungen in der kroatischen Wirtschaftspolitik für den neuen Ministerpräsidenten als Vorteil erweisen - so die Staatspräsidentin - da er nicht ein Teil der Netzwerke und Seilschaften sei, die es dort seit vielen Jahren gebe und denen gegenüber er sich sonst in der einen oder anderen Weise verpflichtet fühlen könnte. Stattdessen begrüßte sie die geäußerte Bereitschaft des neuen Regierungschefs, die existierenden Wirtschafts- und Finanzprobleme Kroatiens ohne Rücksicht auf die verschiedenen Partikularinteressen anzugehen. Sie glaube zudem, dass auch sie in Bereichen wie "economic diplomacy" das Ihrige dazu werde beitragen könne, damit es im Ausland wieder zu mehr Aufmerksamkeit für den Investitionsstandort Kroatien und daran anschließend zu mehr ausländischen Direktinvestitionen in Kroatien kommen werde. Für solche ausländischen, wie auch für einheimische Investitionen, brauche es wieder mehr Vertrauen in die Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie auch in die Bereitschaft der Regierung, solche Investitionen zu fördern. Es gelte nun auch, die bereitstehenden EU Fördermittel noch effizienter und im Dienst dieser Investitionen zu nutzen und den jüngsten Erfolge im kroatischen Tourismussektor auch Taten in anderen Wirtschaftsbereichen folgen zu lassen, wie etwa in der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie.⁶ Sie spüre jedoch bereits einen neuen Optimismus und es werde die Aufgabe der neuen Regierung sein - so Kitarovic - das Fehlen einer Vision für das Land zu beenden und dafür zu sorgen, dass Kroatien schon bald wieder über eine konkretisierte Entwicklungsstrategie verfüge. Dabei könne ein Blick "von außen" auf das Land, über den der neue kroatische Ministerpräsident Oreskovic zweifellos verfüge, durchaus nützlich sein.⁷

Auch im Bereich der Sicherheitspolitik verfügt die kroatische Staatspräsidentin über besondere verfassungsrechtliche Kompetenzen, etwa als Oberbefehlshaberin der Streitkräfte der Republik Kroatien (Artikel 100). Der kroatische Staatspräsident ernennet und entlässt die Militärbefehlshaber im Einklang mit dem Gesetz und entscheidet, auf Vorschlag der Regierung und nach Anhörung des zuständigen Parlamentsausschusses, mit vorheriger Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten, über die Ernennung und Abberufung der Botschafter Kroatiens, wie auch der Leiter der Nachrichtendienste (Artikel 103). In diesem weiteren Verantwortungsbereich der Staatspräsidentin kam es, kurz nach der Vereidigung der neuen Regierung, zu einem ernststen Loyalitätskonflikt zwischen der Staatspräsidentin und dem Leiter des kroatischen Nachrichtendienstes (SOA), Dragan Lozancic, dem sie Illoyalität und intransparentes Vorgehen vorwarf und dessen Abberufung sie verfügte. Da für eine solche Abberufung aber auch die Zustimmung des Ministerpräsidenten erforderlich ist, kam es schon frühzeitig zu einem ersten politischen Kräfte messen der beiden Verfassungsorgane. Der Ministerpräsident fühlte sich durch die einseitige Unterzeichnung der Entlassungsurkunde des Sicherheitschefs durch die Staatspräsidentin überrumpelt und bat sich mehr Bedenken aus. Als sich dann jedoch auch noch der Koalitionspartner MOST gegen eine Abberufung Lozancics aussprach und auf eine vorherige Anhörung im entsprechenden Parlamentsausschuss bestand, schienen dem Regierungschef die Hände gebunden und er verweigerte bislang die Unterschrift unter die Entlassungsurkunde des Geheimdienstchefs. Dies wiederum wurde erst möglich, nachdem MOST - gegen die Stimmen des Koalitionspartners HDZ - durchsetzen konnte, dass der Vorsitz dieses Ausschusses schließlich, trotz des entschiedenen Widerstandes der HDZ, doch dem ehemaligen SDP Innenminister Ranko Ostojic, übertragen werden konnte. Zwar blieben die Staats- und der Ministerpräsident bei ihren Standpunkten, die Entscheidung musste je-

⁶ Grabar-Kitarovic Comments Foreign and Domestic Political Issues, Saturday VECERNJI LIST online edition <http://tinyurl.com/hvt953n>, Saturday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/zz3t2ye>

⁷ Grabar-Kitarovic: Oreskovic's not coming from political milieu is his advantage, ZAGREB, Jan 16 (Hina)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Februar 2016

www.kas.de/kroatien

doch vertagt werden und steht bis heute noch aus.⁸ Vorwürfen in der Presse, dass Kroatien durch Überlegungen zur Anschaffung und Stationierung von Mittelstreckenraketen einen Rüstungswettlauf mit Serbien in Gang gesetzt habe, widersprach sie vehement und betonte mehrfach, zuletzt nach der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Kroatien weder aggressive Pläne gegenüber irgendjemanden in der Region hege, noch an eine militärischen Aufrüstung interessiert sei; vielmehr gehe es darum, die Modernisierung der kroatischen Streitkräfte zu fördern, damit diese ihren Aufgaben als Teil der NATO in dem notwendigen Umfang (2%-Klausel) gerecht werden können.⁹

„Hollywood-style democracy“?

Kritische Stimmen wurden jedoch immer wieder mit Blick auf die „weite“ Interpretation ihrer verfassungsrechtlichen Mitwirkungsrechte in der Außen- und Verteidigungspolitik geäußert. Obwohl der, inzwischen zum stellvertretenden Ministerpräsident ernannte HDZ-Vorsitzende, Tomislav Karamarko, wiederholt betonte, Grabar-Kitarovic habe die diplomatischen Beziehungen Kroatiens zu vielen (Nachbar-) Ländern seit ihrem Amtsantritt am 11. Januar 2015 spürbar erweitert und das Land damit aus einer bedrückenden internationalen Isolation geführt, warfen ihr Kritiker, wie die Politikwissenschaftlerin Lidija Cehulic Vukadinovic vor, sie habe in ihren politischen Entscheidungen bzw. Handlungen eine zu große Nähe zur HDZ offenbart und hätte sich bei ihren politischen Initiativen nicht ausreichend mit den jeweiligen Fachministerien abgestimmt. Der Zagreber Politikprofessor Ivan Rimac bemängelte die einseitige Fokussierung Grabar-Kitarovic's auf verteidigungspolitische Themen und ihre Kontakte aus der Zeit als stellvertretende NATO-Generalsekretärin und ihre ablehnende Haltung gegenüber der Flüchtlingspolitik der letzten SDP-geführten Regierung, der sie

offen widersprach und stattdessen Nachbarstaaten lobte, die in dieser Frage eine gänzlich andersartige Politik verfolgten.

Der Direktor des „Instituts für Europäische und Globale Studien – IEGS“, Andjelko Milardovic verwies dann noch kritisch darauf, dass Grabar-Kitarovic das letzte Gipfeltreffen des „Brdo-Brijuni Prozesses“ bewusst unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten habe stattfinden lassen, was für ihn ein weiteres Indiz dafür sei, dass sie vorrangig als Exponentin US-amerikanischer und weniger als Vertreterin kroatischer Interessen agiere.¹⁰

Er kritisierte die regelmäßige Verlegung ihres Amtssitzes in eine andere Region/Stadt Kroatiens wie auch den Umstand es bisher versäumt zu haben, ihren Amtssitz aus dem Refugium eines nahe der Stadt Zagreb gelegenen Naturschutzgebietes permanent in die Nähe des Regierungssitzes im Stadtzentrum zu verlegen. Auch habe sie, im Gegensatz zu ihren Ankündigungen, so der Politikexperte Zarko Puhovski, ihren Vorgänger Josipovic oft als „Agenten der Region“ verunglimpft, sich jetzt aber selbst zur „Königin des Balkan“ entwickelt und ihre Aktivitäten ganz auf die Region konzentriert.¹¹

Unterstützung erhielt sie dagegen jedoch von Vertretern des Koalitionspartners MOST, für den Davor Gjenero die Erfolge des ersten Amtsjahres würdigte und dabei vor allem die Annäherung an die mittelosteuropäischen Staaten lobte.

Popularität der Staatspräsidentin

In einer Anfang Februar durchgeführten Meinungsumfrage für den Privatsender Nova TV zur Bewertung des ersten Jahres der Präsidentschaft Kolinda Grabar-Kitarovic äußerten sich 58% der Befragten positiv und in einer ähnlichen Umfrage für RTL TV bewerteten die Befragten die Arbeit der Staatspräsidentin mit einem Durchschnittswert von 3.47 (auf einer Skala von 1 bis 5, mit 1.0 als dem schlechtesten und 5.0 als dem bestmöglichen Wert).

⁸ Grabar-Kitarovic and Oreskovic on Proposed Dismissal of SOA Director Lozancic, Wednesday VECERNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/z45r5vr>

⁹ Grabar-Kitarovic Marks her First Year in Office, Saturday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/z9qmews>

¹⁰ Commentaries on First Year of Grabar-Kitarovic's Presidential Term, Monday T-PORTAL online edition, <http://tinyurl.com/hf3twfm>

¹¹ Ebenda

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Februar 2016

www.kas.de/kroatien

49% der Befragten waren -laut Nova TV- zudem der Meinung, dass Grabar-Kitarovic eine bessere Arbeit leiste als Josipovic, während nur 24% vom Gegenteil überzeugt waren und 24% keinen Unterschied festzustellen glaubten. Grabar-Kitarovic erfüllte die Erwartungen von 54% der Befragten, bei 30% blieb sie unter deren Erwartungen und bei weiteren 12% übertraf sie sogar deren Erwartungen; 4% äußerten keine Meinung. 36% der Befragten äußerten dagegen die Überzeugung, dass Grabar-Kitarovic von der HDZ (der Partei, der sie bis zu ihrer Amtsübernahme angehörte) „nicht unabhängig“ sei, während 37% sie als „überwiegend unabhängig“ und nur 18% als „vollkommen unabhängig“ einschätzten; 9% äußerten dazu keine Meinung.¹²

Als positive Schritte schätzten 55% ihre Adriatic-Baltic-Black Sea Initiative ein, 46% begrüßten die temporäre Verlegung ihres Büros nach Split, Pula und Vukovar, 44% die Entlassung ihres Beraters, Vladimir Seks und 42% ihren Besuch der protestierenden Kriegsveteranen.

Als negative Schritte bewerteten 38% der Befragten die Entfernung von Tito's Büste aus dem Präsidialamt, 36% missbilligten die von ihr vorgenommenen Begnadigungen, 33% die temporäre Verlegung ihres Büros und 30% ihren Wunsch nach Entlassung des kroatischen Geheimdienstchefs Lozancic.¹³

Die bekannte kroatische Tageszeitung Vecernji List entschied sich, die kroatische Staatspräsidentin Grabar-Kitarovic zur "Person des Jahres 2015" zu erklären. In einem Interview aus Anlass ihrer Auszeichnung, bezeichnete sie die zahlreichen von ihr initiierten Änderungen in der Außenpolitik Kroatiens, als die wichtigste Errungenschaft ihres ersten Amtsjahres. Zusammen mit der mehrmaligen, temporären Verlegung ihres Büros sei das selbstbewusstere, unabhängiger Auftreten Kroatiens auf der internationalen Ebene bzw. in der NATO und der EU das wichtigste Ziel des von ihr eingeleiteten Politikwechsels gewesen. Ihre neue „vertikale“ Ausrichtung der kroatischen Außenpo-

litik in Richtung der Baltischen Staaten und der Schwarzmeeranrainer unter Verringerung der „horizontalen“ Verengung auf die Länder Ex-Jugoslawiens, ohne vor allen Dingen die kroatischen Brüder und Schwestern dort zu vernachlässigen, wäre auf große Zustimmung gestoßen. Auch lege sie großen Wert auf verstärkte (Wirtschafts-) Beziehungen zu Asien, obwohl Deutschland und die Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) zusammen mit Österreich und Slowenien vorläufig die wichtigsten Wirtschaftspartner Kroatiens bleiben würden.

Die Jury begründete ihre Wahl der ersten weiblichen Preisträgerin dieser Auszeichnung (11 Kandidaten) damit, dass Grabar-Kitarovic die außenpolitische Orientierung ihres Landes bereits in ihrem ersten Amtsjahr grundlegend verändert habe und nach den Parlamentswahlen im November 2015 den Auftrag zur Regierungsbildung gegen Widerstände aus den ihr politisch nahestehenden Zirkeln erst demjenigen erteilt habe, der nachweislich über die Unterstützung der Mehrheit der gewählten Abgeordneten verfügte.¹⁴

Im Rahmen des ersten „Tags der Offenen Tür“ in ihrem Amtssitz enthüllte Grabar-Kitarovic – nachdem sie schon zu Beginn ihrer Amtszeit unter großer Kritik eine Büste des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Tito aus ihrem Amtssitz entfernt hatte - eine neu geschaffene Büste des ersten kroatischen Präsidenten und Staatsgründers, Franjo Tudjman und betonte, sie werde seine Politik der Aussöhnung aller Kroaten fortsetzen und sich weiterhin vehement für die Einheit des Landes und aller seiner Bürger und dabei vor allem auch der Vertreter der zahlreichen Minderheiten, einsetzen. Damit stellte sie sich in die Reihe derjenigen, die es für den Erfolg der kroatischen Gesellschaft für unabdingbar erachten, dass die tiefen ideologischen Gräben zwischen den politischen Lagern in Kroatien dringend überwunden werden müssen.

¹⁴ Grabar-Kitarovic wins Vecernji List Person of the Year 2015 award, ZAGREB, Feb 14 (Hina) -

¹² Saturday DNEVNIK.HR online edition, <http://tinyurl.com/ht3nrvn>

¹³ Sunday VECERNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/i6gwvgr>